

Volksblatt

**Organ
der Bauernpartei.**

Rheder Duiksgesellschaft

Nuttlisches Kreisblatt des Handkretzes Bochell. u. des Landkretzes Borken

Angehöriger n. Jüdischer Zeitung

Nummer 249

Donnerstag, den 8. September 1932

Fahrplan 1932

Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP.

Das Schicksal des Reichstags noch ungewiß.

Von unserer Berliner Redaktion.

)(Berlin, 7. September. (Drahtb.)

Die Auflösung des Reichstages wird in mehreren Berliner Blättern aller politischen Richtungen als angeblich unermesslich hingestellt. Auf welche Gründe sich diese Behauptungen stützen, läßt sich erste nicht klar erkennen. U. a. wird behauptet, in den Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten hätten sich kaum überwindbare Schwierigkeiten für eine Einigung gezeigt. Bei den gemeinsamen Bemühungen zur Aufstellung eines wirtschaftlichen und politischen Programms wären so erhebliche Unterschiede der Auffassung zu Tage getreten, daß zum mindesten sehr lange Zeit nötig sein werde, ehe man auch nur die Aussichten der Verhandlungen wirklich übersehen könne. Bei den Nationalsozialisten habe die Auffassung das Übergewicht erhalten, daß es besser sei, unbeschwert durch Verhandlungen mit dem Zentrum schon jetzt in den Wahlkampf zu ziehen.

Eine solche Darlegung der angeblichen Entwicklung überzieht wesentliche Tatsachen. Die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten werden offiziell am Donnerstag wieder aufgenommen werden. Nachdem am Mittwoch abend Staatspräsident Dr. Brüning wieder in Berlin eingetroffen ist, ist die Lage im Zentrum so:

Wenn daher von einem Abbruch der Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten gesprochen wird, so handelt es sich um ganz besondere Kreise, die schon seit längerer Zeit oder erst seit wenigen Tagen für ein Präsidialkabinett unter der Leitung des Herrn Papen schwärmen. Es soll nicht behauptet werden, es sei schließlich nicht doch zu einer Auflösung des Reichstages komme. Alle diesbezüglichen Behauptungen sind jedoch vorläufig, weil zunächst der Empfang des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten abgewartet werden muß. Dieser Empfang ist jetzt endgültig auf Freitag vormittag 11½ Uhr festgesetzt worden. In der Verbreitung falscher Meldungen über den Abbruch der Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten sowie über die Auflösung des Reichstages in der nächsten Woche scheint ein gewisses System zu liegen. Sogar das dem offiziellen Wolff-Büro angelegte Credito-Büro hatte die Meldung

die Welt gekostet, deren Schuld hat die Meinung der nationalsozialistische Reichstagspräsident Goering hätte am Dienstag abend in einer Berliner Versammlung betont, „mit dem Zentrum verhandeln wäre eine Sünde wider den heiligen Geist.“ Erst wenige Stunden später wurde diese Meinung dementiert und dahin richtig gestellt, daß Reichstagspräsident Goering gesagt hat, die Deutschnationalen würden behaupten, die Verhandlungen der nationalsozialistischen mit dem Zentrum seien eine Sünde wider den heiligen Geist. „Sünde es nicht so absurd, so müßte man beinahe annehmen, daß es sich um besessene Arbeit handelt. Bebauert ist aber auch, daß aus Zentrumsquellen tendenziöse Meldungen fließen, die nicht dazu geeignet sind, zur Klärung der Lage beizutragen. Endgültige Entscheidungen des Zentrums und der Nationalsozialisten können erst Ende dieser oder Anfang der nächsten Woche getroffen werden.“

Ueber den Verlauf der Reichstags-sitzung selbst kann mit Bestimmtheit noch nichts gesagt werden. Es besteht die Möglichkeit, daß sich der Reichstag, nachdem er am Montag die Regierungserklärung entgegengenommen hat, auf Dienstag oder Mittwoch vertagt, um den Festen Gelegenheit zur Meinungsbäuherung zu geben. Die Nationalsozialisten teilen mit, daß sie zur Aufhebung der Notverordnungen der Papstregierung eigene Anträge stellen werden. Wir für unsern Teil glauben, daß alle den Notverordnungen eingebrachten Anträge in den künftigen Reichstagsauschuß verschwinden werden.

Auch in parlamentarischen Kreisen neigt man mehr zu der Auffassung, daß die Mißtrauens-
träge die Entscheidung bringen werden.
Ist sich nicht eine längere Vertagung erreichen, so ist
der Annahme von Mißtrauensanträgen zu rechnen.
Die Auflösung des Reichstages wäre dann gewiß, denn
dies dürfte als unzweifelhaft feststehen, daß sich
der Reichspräsident von Hindenburg vor das
Reichskabinett schüben stellt. Es heißt aus
der Reichsregierung lasse mit Absicht durchblicken, sie sei
zur Auflösung entschlossen, um die Parteien in ihrem
Impetum etwas zu zügeln und sie zu veranlassen, der
Regierung die Möglichkeit zur Fortführung ihrer Arbeiten
zugeben.

Daß die Reichsregierung den Kampf schon als gewonnen ansieht, geht letzten Endes auch aus Maßnahmen hervor. Ein großes Revirement scheint vor zu liegen. Es wird zwar von zuständiger preussischer

Seite dementiert, daß Ministerialdirektor Dr. Kaufe-
ner, der Führer der Katholischen Aktion in Berlin und
Ministerialdirektor von Leyben von ihrem Posten
im preußischen Innenministerium entfernt werden. Ob
dieses Dementi mehrere Tage Gültigkeit hat, möchten
wir bezweifeln. Die Leitung der Amtlichen preußischen
Pressestelle wurde auch eben erst einem Schilling des
Reichswehrministers übertragen, dem Oberregierungsrat
von Carlowig, der früher in der Pressestelle des
Reichswehrministeriums tätig war. Weitere personelle
Änderungen folgen. Unzweifelhaft ist die Reichs-
regierung eifrig bemüht, ihre Position auch auf dem
Wege über Preußen zu stärken und sich auf eine lange
Regierungsdauer einzurichten.

Die Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum in Preußen werden morgen fortgesetzt. Vom Ausgang dieser Verhandlungen hängt es ab, ob das Landtagsplenum, das bisher für den 21. September einberufen ist, vor diesem Termin zusammenzutreten kann. Sollten die Verhandlungen ein positives Ergebnis haben, dann ist mit einer früheren Einberufung des Landtagsplenums zu rechnen, wobei als einziger Punkt auf die Tagesordnung käme: Neuwahl des Ministerspräsidenten. Bei den Besprechungen werden die Querverbindungen zwischen Preußen und Reich fortlaufend aufrechterhalten. So hatte heute der Landtagspräsident Kertl, ein maßgeblicher Vertreter der Nationalsozialisten in den Koalitionsverhandlungen, eine Aussprache mit dem Reichstagspräsidenten Goering, der die Nationalsozialisten bei den Verhandlungen im Reich wesentlich mitvertritt.

Reichstagspräsident Goering über die Verhandlungen mit dem Zentrum.

:: Berlin, 7. September.

Reichstagspräsident Goering führte in einer nationalsozialistischen Versammlung am Dienstagabend in der Bod-Bräuerei in einer Rede u. a. aus, man habe Hitler den Ritzanglerposten angeboten. Das Amt eines Stellvertreters sei aber für Hitler ausgeschlossen. Goering erinnerte sodann an das Jahr 1923, als die Nationalsozialisten der „Reaktion“ gegenüber gestanden hätten. Er selbst habe damals an der Spitze der von ihm kommandierten SA zwei Augen weggenommen. Das zweite Mal würden die Nationalsozialisten der „Reaktion“ nicht so bequem in die Maschinenengewehre hineinmarschieren.

Zu den umlaufenden Meldungen über Verhandlungen mit dem Zentrum erklärte Goering: „Die Deutschnationalen behaupten, unsere Verhandlungen mit dem Zentrum wären eine Sünde gegen den heiligen Geist.“

Das sind dieselben Deutschnationalen, die mit dem Zentrum bereits in einer Koalition gelassen haben, während wir uns zunächst mit dem Zentrum über eine Regierungsmöglichkeit unterhalten.“

Man habe, so fuhr Goering fort, spekuliert, wenn das Zentrum und die Nationalsozialisten zusammengingen und man den Reichstag dann auflösen würde, müßte das Zentrum 10 und die Nationalsozialisten 50 Sitze verlieren an die neue „Papen-Partei“. Nach mehrmaligem Auflösen glaube man, eine Mehrheit für die Papen-Partei gesammelt zu haben. Damit könne man die Nationalsozialisten nicht schreden. Sie wählten gerne noch einmal. Bei der nächsten Wahl würden die Nationalsozialisten viel Zulauf haben. Am 31. Juli hätten noch viele Millionen deutscher Arbeiter für die SPD wählen zu können geglaubt. „Man fürchtete“, so sagte Goering, weiter, daß Papen zu uns gehört. Jetzt ist ja dafür gesorgt, daß auch dem Dummsten klar sein muß, wie wir mit Papen stehen. Einen etwaigen neuen Kampf werden wir mit klarer Front führen und wie wir den bürgerlichen Mißmachern befehlige und die Sozialdemokratie befeht haben, so werden wir auch die Reaktion zum Teufel jagen.“

Das Revirement in der preussischen Pressestelle.

:: Berlin, 7. September.

Wie das Nachrichtenbüro des WDJ meldet, ist die Umorganisation in der Pressestelle des preussischen Staatsministers, die bereits eingeleitet, als Ministerpräsident Dr. Braun seinen Krankheitsurlaub antrat, nunmehr abgeschlossen worden. Zum neuen Leiter der Pressestelle des preussischen Staatsministers wurde Herr v. Oberberg ernannt. Er war bisher ernannt, der früher als Hauptmann im Reichswehrministerium Dienst tat und unter der Regierung v. Bismarck in die Reichspressestelle berufen worden war. Er sollte hier ursprünglich das Innenreferat übernehmen. Der stellvertretende Leiter, Oberregierungsrat Dr. Seide, die Führung der preussischen Pressestelle übertragen erhalten sollte. Nach der Neuregelung bleibt Dr. Seide in der Reichspressestelle. Neben Herrn v. Carlsberg werden in der Umorganisierten Pressestelle des preussischen Staatsministers nur noch zwei Beamte tätig sein, nämlich Regierungsrat Bormann, der früher der Redaktion der Germania angehört hat, und ein auf Privatdienstvertrag angestellter Journalist, der frühere Chefredakteur des „Hannoverschen Kuriers“, Dr. Brauwer. Regierungsrat Bormann ist zugleich der einzige Beamte, der von der alten Pressestelle des Kabinetts Braun übernommen wird. Der bisherige stellvertretende preussische Presseschef, Oberregierungsrat Fiedt, wird von der Reichsfinanzverwaltung übernommen, während der Presseschef des Kabinetts Braun, Ministerialrat Goslar, der vorläufig bis 1. Oktober beurlaubt war, die Mittelteilung erhalten hat, daß er ab 1. Oktober zur Disposition der Reichsregierung steht.

Kommt doch die Margarineverteuerung?

Die bevorstehende Einfuhrkontingentierung.

:: Berlin, 7. September.

Am Freitag wird, wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ mitteilt, die Grüne Front dem Reichskanzler die Forderungen und Gesichtspunkte der Landwirtschaft für die Fortsetzung des Wirtschaftsplanes und keine sofortige Ergänzung durch einen zweiten Teil vortragen. Man kann daraus entnehmen, daß dieser zweite Teil, der seit der vorigen Woche im Reichskabinett zur Erörterung steht, vor Ende dieser Woche nicht abgeschlossen sein wird. Nach der bisherigen Praxis des Reichskanzlers, die großen grundsätzlichen Entscheidungen vor ihrer Verfertigung vorzutragen, sollte man erwarten können, daß der Reichskanzler am Montag im Reichstag die näheren Angaben über die Einflüsse der Reichsregierung zum zweiten Teil des Wirtschaftsplanes machen

wird. Es handelt sich um die Einfuhrkontingen-
tierung, die Zinsentlastung und die Umlage-
rung der Konsumbelastung von den heimischen
Erzeugnissen (Zuckersteuer und Schlachtsteuer) auf
die ausländischen Erzeugnisse, vor allem Margarine.
Ueber die Einzelheiten der Kontingentierung aus Grund
der Vorlage des Reichsernährungsministers dürften die
Entscheidungen erst in einer Kabinetsitzung Ende der
Woche fallen. Dementsprechend könnten noch insgesamt
zwei Wochen bis zur Inkraftsetzung der Kontingente ver-
gehen. Erst vor zehn Tagen sei eine Vielzahl von
Zuckerzöllen, rund 200, mit Wirkung vom 6.
September ganz erheblich herabgesetzt worden. Die
Industrie, durch Handelsverträge nicht gebunden, habe
also eben erst wieder eine gewaltige Verstärkung ihres
Zollschutzes erfahren, während bei der Landwirtschaft an-
gestrichelt der Handelsvertragsbindungen nur der Weg der
Kontingentierung bleibe.

Aussprache mit Arbeitgebervertretern über das Wirtschaftsprogramm.

:: Berlin, 7. September.

Am Mittwoch vormittag fand im Reichswirtschaftsministerium eine Aussprache zwischen den an der Durchführung des Wirtschaftsplans hauptbeteiligten Ministern der Reichsamt und führenden Persönlichkeiten der Unternehmerschaft statt, die hinsichtlich der Bedeutung und des Zweckes der erlassenen Notverordnungen und der weiteren Behandlung der noch vorstehenden Ausführungsbestimmungen eine weitgehende Übereinstimmung ergab. Die kurze Aussprache hatte informativ Charakter.

Der Reichsarbeitsminister besprach heute mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber die Maßnahmen,

die sich für die Durchführung der Beschäftigungsprämie und der Vollzugsverordnung über Vermehrung und Erhaltung

der Arbeitsgelegenheit eignen. Dabei trugen die Spitzenverbände ihre Auffassungen und Wünsche vor. Sie werden die Reichsregierung bei der Durchführung unterstützen und erwarten von den Maßnahmen eine Beseitigung der Wirtschaft. Am Donnerstag empfängt der Reichsarbeitsminister zu demselben Zweck die Gewerkschaften.

Kein Zigarettenmonopol.

=: Berlin, 7. September.

Zu Nachrichten über die Einführung eines Zigarettenmonopols wird von zuständiger Stelle erklärt, daß im Reichsfinanzministerium von derartigen Plänen nichts bekannt sei.

Abrüstungs-Memorandum und Reichswehrminister-Erklärungen.

Das Echo in der deutschen Presse.

Berlin, 7. September.

Durch planmäßige Belehrung über die Wirklichkeit des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens. Wenn je, dann gelte heute das Wort, daß nur die Wahrheit freimache. Das öffentliche Leben müsse im Sinne der katholischen Aktion und durch die katholische Aktion erneuert werden. Bei dieser Arbeit müßten die Grundzüge der päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno“ beachtet werden. — Unserer Meinung nach ist, falls eine Aussprache, auch wenn in ihr Gedanken und Forderungen zum Ausdruck kommen, die wir nicht billigen, durchaus kein Verbrechen. Etwas anderes ist es natürlich, wenn nach außen hin versucht wird, aus solchen vertraulichen Aussprachen politisches Kapital zu schlagen, wie das im Gangesatz zu den früheren Katholikentagen jetzt im Offenbarungslicht liegt. Unter allen Umständen abgesehen aber ist eine Politisierung der Katholikentage, wie sie von der sogenannten Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher, einer nationalsozialistischen Zweigorganisation, mit der telegraphischen Forderung vom 24. August verlangt wurde, einen Vertreter dieser Arbeitsgemeinschaft, Dr. v. Schindt-Pauli, über „Nationalsozialismus und Katholizismus“ zu Wort kommen zu lassen. Der Vorsitzende des Zentralkomitees, Fürst zu Löwenstein, hat es höflich abgelehnt, diesem Wunsch zu entsprechen, da sowohl das Redeprogramm des Katholikentages als auch die Personen der Redner seit Monaten bestimmt seien, es vollkommen ausgeschlossen sei, noch eine Rede einzuschließen, und das vorgeschlagene Thema auch in den Rahmen des Redeprogramms nicht passen würde. Die Antwort des Vorsitzenden der nationalsozialistischen Organisation hierauf besteht in einem Hinweis auf die Reden von Zentrumsführern auf dem Essener Katholikentag und der Bitte, „im Programm des nächsten Deutschen Katholikentages von vornherein, mindestens im gleichen Maße, unserer Richtung zugehörige Gelehrte und Laien als Redner vorzulegen zu wollen.“ Hier wird also die Politisierung der Katholikentage, die Ausrichtung parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten erstrebt, zugleich eine politische Einflussnahme, die ganz den derzeitigen Bemühungen der NSDAP entspricht, bei dem im Herbst dieses Jahres stattfindenden Wahlen in der evangelischen protestantischen Landeskirche die Macht darin an sich zu reißen. Würde den nationalsozialistischen Forderungen Rechnung getragen, so würden damit die Katholikentage zerschlagen, es würde ihr Ende bedeuten, ganz abgesehen davon, daß bei der Stellungnahme der Kirche gegen den Nationalsozialismus nationalsozialistische Redner vom kirchlichen Standpunkt aus unmöglich sind. Daß die katholische Volk auf ihre Seite ziehen könnten, ist zwar nicht zu befürchten. Aber Katholikentage sind Lage religiöser Erlebens und religiöser, katholischer Kundgebungen. Dieser Charakter darf ihnen unter keinen Umständen genommen werden. Bei der parteipolitischen Zuspitzung der Dinge in Deutschland wird man nach den Essener Erfahrungen sich im Zentralkomitee doch zu überlegen haben, ob es nicht richtig sei, die Politik, weil sie zu parteipolitischen Auseinandersetzungen führen muß, für die sich andere Gelegenheiten bieten, grundsätzlich von den Katholikentagen wieder fernzuhalten.

Der zweite Teil des Wirtschaftsprogramms.

Die Landwirtschaftliche Einfuhr soll nach den Wünschen des Kabinetts von Papen durch Konzentrierung gedrosselt werden, damit die Produkte der deutschen Landwirtschaft besserer Absatz finden und auch stärkerer Ausfuhr der ausländischen Konkurrenz, als sie bisher durch Zölle erreicht wird, unseren Landwirten bessere Preise einbringen. Auch der Plan der Margarinesteuer scheint keineswegs aufgegeben zu sein. Durch sie soll bekanntlich die Bevölkerung zum Verbrauch von Butter anstelle von Margarine gezwungen werden. Diese „Umlagerung der Konsumbelastung von den heimischen Erzeugnissen auf die ausländischen Erzeugnisse“ wird also ohne Frage Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmärkte zur Folge haben. So sehr man unserer Landwirtschaft die Wiederkehr einer gewissen Rentabilität wünschen muß, ebenso wenig kann man aber unbeachtet lassen, daß einerseits durch Verteuerung der einheimischen Agrarprodukte die Lohnminderungen, die durch die Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft, durch Tarifunterbrechungen und vermehrte Kurzarbeit, sich noch weit empfindlicher auswirken und daß andererseits die Einfuhrkontingentierungen auch stärkere Abschiebung des Auslandes von deutschen Fabrikaten herbeiführen werden. Es ist also zu befürchten, daß die Ausfuhr aus dem Ausland noch spärlicher als bisher einaufen werden, daß Deutschland sich von dem erwarteten Konjunkturaufschwung der Weltwirtschaft auf diese Weise selbst abspaltet. Wird die Margarine verteuert, so werden außerdem die Margarineverbraucher, vor allem die große Masse der Angestellten, Beamten, Arbeiter und Arbeitslosen mit ihren kleinen Einnahmen, gezwungen sein, ihren Fettbedarf herabzusetzen. Sie werden, auch wenn die Butter ihren jetzigen Preis behalten würde, kein Pfund Butter anstelle der Margarine kaufen können, da ja der Preisunterschied zwischen diesen beiden Fetten zu groß ist und auch nach der Belastung der Margarine mit einer hohen Sondersteuer noch zu groß bleiben wird. Derabsetzung der Fettquoten in den Familien wird unausweichlich, Schwächung der Volkswirtschaft und der Volksgesundheit wie im Kriege die Folge sein. Diese Binnenmarktpolitik kann man vom Standpunkt der Arbeitnehmer aus nur als grausam bezeichnen, vom Standpunkt der Bauern hier in Westdeutschland aus, dessen Abzug von einem Wiederansteigen der Industrie, von einer Verringerung der Arbeitslosigkeit und einer Stärkung der inneren Kaufkraft abhängt, als anstößig, vom Standpunkt der Industrie aus als so gut wie alle Hoffnungen tödend, die die Verordnung zur Belebung der Wirtschaft erteilt hat. Im übrigen sei daran erinnert, was Reichsfinanzpräsident Dr. Lütke Ende August in seiner großen Rede vor den Deutschen Genossenschaften in Dortmund warnend gesagt hat:

Die Deutschen, erklärte er, die in Folge ihrer fortwährenden Verschuldung mit der Wirtschaft von 40 auf mehr als 60 Millionen anwachsenden Schuld, haben Jahrzehnte hindurch einen wesentlichen Teil ihrer Arbeitsleistung an das Ausland verkauft. Sie würden, wenn diese Ver-

Die Erklärungen des Außenministers zur Abrüstungsfrage werden von der deutschen Presse im allgemeinen begrüßt; in einigen Blättern werden sie im Zusammenhang mit der Erklärung des Reichswehrministers bei den schweizerischen Mandatären besprochen. So betrachtet die „Rechtsprelle“ die Ausführungen des Generals von Schleicher als eine nationale und soldatische Unterzeichnung der Darlegungen des Freiherrn v. Neurath. Die „Lokal-Anzeiger“ fordern auf Gleichberechtigung mit einer zweifelhafte materiellen Rüstungsangleichung sei der wirkungsloseste Gegenstand gegen die Pariser Mandatäre, durch Verleumdung den deutschen Anspruch vor der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ überschreibt ihren Kommentar „Bestehende Ketten“ und nennt die deutschen Forderungen „sehr gemäßig“. Es sei kein Zufall, daß am gleichen Tage Reichswehrminister von Schleicher in Döpreußen der Öffentlichkeit, die besonders bedrohte Provinz mit allen Mitteln und Kräften zu verteidigen, eindeutigen Ausdruck verliehen habe. — Die „Germania“ erklärt, die Reichsregierung gehe mit dieser Denkschrift einen Weg, auf welchem ihr jeder Deutsche folgen wird, für den die Sicherheit und die Gleichberechtigung der Nation eine selbstverständliche Voraussetzung nationaler Ehre und Würde bedeutet. — Der „Vorwärts“ bezeichnet die Veröffentlichung des Memorandums als eine Notwendigkeit. Das Blatt bemängelt aber, daß der Außenminister Franziskus Bezugnahme auf den Vertrauenspakt kritisiert hat. — Das „Berliner Tageblatt“ meint, daß die Bekanntgabe der Aufzeichnung in diesem Augenblick bestimmt sei, unmittelbar vor der Sitzung des französischen Ministerrats, die sich mit den deutschen Forderungen zur Abrüstungsfrage beschäftigen, die Welt zu überzeugen, daß diese Forderungen keineswegs den in der französischen Presse angegebenen Charakter tragen.

Nicht ungünstige Aufnahme in Paris.

Paris, 7. September.

Havas erklärt, die Veröffentlichung der deutschen Denkschrift über Abrüstungsgleichberechtigung sei in französischen diplomatischen und Regierungskreisen nicht ungünstig aufgenommen worden. Man sei nämlich der Ansicht, daß die durch das Dokument geschilderte Lage durch die jetzige Berliner Initiative noch weiter geklärt sei, nachdem die Situation schon durch Reden und Interviews des deutschen Reichswehrministers, die vor und nach der Denkschriftübergabe erteilt wurden, präzisiert worden sei. Durch die Berliner Initiative sei den Verhandlungen über dieses Problem nunmehr jeder vertrauliche Charakter genommen und es lasse sich voraussetzen, daß auch die französische Regierung ihre Antwort an Deutschland verständlich werde, sobald sie von der deutschen Regierung zur Kenntnis genommen sein würde. „Deuxième“ erklärt, das deutsche Resümee sei nicht im Ton einer Anklage gehalten. Es handele sich vielmehr um die Klage einer Nation, die sich gedemütigt fühle und sich nicht mehr damit abfinden könne, als eine Macht zweiten Ranges zu gelten und die Vorteile des allgemeinen Rechts für sich beanspruchen zu müssen. Die Denkschrift sei eine Forderung, die auf die Schaffung einer Welt nach schweizer Muster abziele. — „Reinhold“ äußert sich, „Parisien“. Das Blatt bemerkt dazu, der Ort an dem die Ausrüstung des Generals v. Schleicher gemacht wurde, gebe ihr eine ganz besondere Bedeutung.

Der vermutliche Inhalt der französischen Note.

Paris, 7. Sept.

Wie Havas nach dem heutigen Kabinettsrat mitteilt, hat Ministerpräsident Herriot den Entwurf der Note gelesen, den er als Antwort auf die deutsche Denkschrift in der Frage der Abrüstungsgleichberechtigung vorbereitet hat. Dieser Text werde endgültig

taufsmöglichkeit fortzule, einem derartigen Elendszustand preisgegeben sein, daß die aus dem Aufschub der wirtschaftlichen Entwicklung resultierenden Schäden durch den Rückgang der Lebensführung mehr als aufgewogen würden. Sogar der praktische Politik ist es, einen Zustand herbeizuführen, in dem der Binnenmarkt fast ist und wir doch die Segnungen des Weltwirtschaftsvertrages genießen. Die Landwirtschaft kann nur dann die Preise erzielen, die zu ihrer Erhaltung notwendig sind, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung eine starke Ergänzung durch Beschäftigung im Dienste der Ausfuhr erfährt. Haben aus einem Bauernhof, der wirtschaftlich gut landende ist — das ist vergleichsweise der Zustand Deutschlands —, zwei Familienmitglieder in der nächsten Stadt gearbeitet und aus ihrem Verdienst einen Zusatz zum Leben der Hofbewohner zurückerhalten, so muß die Lebenshaltung der Hofbewohner in der Stadt ausgebaut werden. Deutschland ist wie die meisten Bauernhöfe. Die Arbeit in der Stadt entspricht der Beschäftigung deutscher Menschen für die Ausfuhr.

Mitteilungen der „Landwirtschaftlichen Wochenchau“, die wir an anderer Stelle veröffentlichten, geben uns Anlaß, auf diese Bemerkungen Dr. Lütke's noch einmal hinzuweisen und unsere eigenen, schon früher öfter geäußerten Befürchtungen gegenüber den Autarkieplänen noch einmal zu wiederholen. Wir sind uns darüber im klaren, daß die Lage der Landwirtschaft unbefriedigend ist, aber es müßte schon ein Wunder geschehen, wenn sie sich auf Grund der angeblichen Regierungsgeschäften bessern würde. Zugleich aber liegt großer Anlaß zur Befürchtung vor, daß die Masse der städtischen Bevölkerung die Verteuerung ihres Lebensunterhaltes zu den Einkommensminderungen der letzten Jahre und der nahen Zukunft nicht ruhig hinnehmen wird. Noch steht nicht fest, daß die Entscheidung des Kabinetts so ausfallen wird, wie es die Grüne Front zu fordern scheint. Solche Forderungen von interessierter Seite gehen gewöhnlich weiter, als die Interessenten erwarten, daß ihnen entsprechen wird. Eine maßvolle Konzentrierungspolitik mit Rücksicht auf die heimische Erzeugung ist gewiß gerechtfertigt. Die Gefahren liegen allein in der einseitigen Überbeanspruchung des Bodens. Wir möchten wünschen, daß sich die Regierung davor hüten und war-

erst nach dem Ministerrat angenommen werden, der wahrscheinlich am Freitag stattfindet, und wenn die englische Regierung dem Ministerpräsidenten ihre Ansicht über diese Frage zur Kenntnis gebracht habe. Obwohl die französischen Minister keine bestimmten Angaben über den Inhalt der Note machten, ist es doch klar, so heißt es in der Tagesbeilage weiter, daß diese Antwort eine Prüfung der juristischen und politischen Probleme enthält, die durch das deutsche Schriftstück aufgeworfen wurden. Die Abrüstungsmöglichkeiten Deutschlands seien durch den Vertrag von Versailles festgelegt. Dieser Vertrag sei aber nur eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen vor, aber enthalte keine Bestimmungen im Hinblick auf jene Rüstungsvermehrung, die Deutschland fordere. Es stehe weder Frankreich noch Deutschland zu, die Klauseln des Vertrags zu ändern. Allein die Unterzeichnung dieses Vertrages hätte dieses Recht. Aber die für eine solche Revision notwendigen Verhandlungen könnten nach den Bestimmungen des Vertrages selbst zu einer Herabsetzung der Rüstungen nur führen, wenn man für die interessierten Mächte auf das Mindestmaß Rücksicht nehme, das mit ihrer nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch eine gemeinsame Aktion ihnen auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar sei. In einer besseren Organisation des Friedens könne sich schließlich die Lösung des durch die Reichsregierung aufgeworfenen Problems finden lassen.

England gegen gemeinsame Erwiderung.

London, 7. Sept.

Im Hinblick auf Pariser Berichte, die eine kollektive Antwort der am englisch-französischen Vertragsabkommen beteiligten Mächte auf die deutsche Forderung nach Abrüstungsgleichberechtigung voraussetzen, wird in London nochmals betont, daß die englische Regierung zwar von französischer und deutscher Seite vollständig über die Entwicklung auf dem Laufenden gehalten worden sei, daß sie aber an den Verhandlungen zur Zeit nicht beteiligt sei. Offiziell würde man es in den Kreisen der englischen Regierung sehr begrüßen, wenn es möglich ist, in Zukunft zu handeln, so daß schon vor dem Zusammenritt des allgemeinen Büros der Abrüstungskonferenz eine gewisse Klärung erzielt wird. Von einer Beteiligung Englands an einer kollektiven Antwortnote an Deutschland ist in London nichts bekannt. Sie dürfte auch der ganzen Sachlage nach nicht in Frage kommen. Aus Paris kammernde Berichte, daß das englische Kabinet schon am Donnerstag mit den deutschen Forderungen befaßt werde, sind nicht zutreffend. Voraussichtlich werden in den nächsten Tagen überhaupt keine Kabinettsitzungen stattfinden.

Die gesamte englische Presse gibt die Erklärung, die General von Schleicher gemacht hat, an hervorragender Stelle wieder. Die „Times“ meint, daß Schleicher mit seinen Forderungen ein neues Element in die Erörterungen über Deutschlands Abrüstungsforderungen (Gleichberechtigungserklärung D. Red.) eingebracht habe. In der Meldung der „Morning Post“ wird darauf hingewiesen, daß Döpreußen die Angriffe auf die deutsche Forderung der Abrüstungsgleichberechtigung in Deutschland für eine polnische Verschwörung und Zeitungen nennen, die die Einverleibung Döpreußens in Polen verlangten.

Amerikanische Bedenken.

Washington, 7. Sept.

Nach einer Meldung der United Press bedauert die amerikanische Regierung den Schritt Deutschlands in der Abrüstungsfrage, weil sie darin ein Hindernis für die Verwirklichung der Weltabrüstungspläne Hoover's sehe. — „Times“ meldet, in Regierungskreisen bestehe Sympathie für Deutschlands Wunsch nach dem richtigen Platz unter den Nationen. Indessen hege man einige Befürchtungen für den Erfolg der Abrüstungskonferenz. Im wesentlichen beobachte man jedoch die größte Zurückhaltung und vertraue darauf, daß der weitere Verlauf der Ereignisse sich so gestalten werde, daß Deutschland doch an der Konferenz teilnehmen werde.

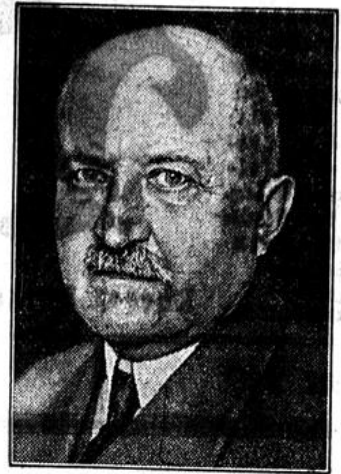
Hitler-Rede in München.

München, 7. September.

Im überfüllten Zirkus Krone sprach am Mittwochabend Adolf Hitler über die politische Lage. Nachdem schon in Berlin in seiner Rede im Sportplatz polemisierte Hitler gegen die Regierung Papen. Wenn Herr v. Papen glaubt, sagte er u. a., die Nationalsozialistische Partei wachse nicht mehr, so erwidern wir ihm: Die Partei wächst, bis der letzte Deutsche erwacht ist. Wenn Sie morgen den Reichstag auflösen, so freue ich mich heute schon auf den Kampf, der dann beginnen wird. Man wirft uns vor, wir wollten jetzt plötzlich mit anderen Parteien eine Koalition bilden. Darauf sagen wir: Wir wollen mit anderen Parteien die Rechte des Volkes wahren, wenn es schon nicht anders geht. Wir sprechen vor gar nichts zurück. Wenn Hugenberg sagt, dann geben Sie (Hitler) Ihre heiligen Parteigrundlagen frei, so erwidere ich: Und die Ihren. Ich habe sie immerhin 13 Jahre lang hochgehalten, und ich halte sie auch im 14. Jahre hoch. Nur will ich auch nicht, daß wegen unserer Grundgesetze die Welt heute ein Scherz zum Nachkommen, das am Ende alles zerfallen würde.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wurde Hitler besonders ausführlich: Die Erde, der Führer der Partei zu sein, ist für mich größer, als ein Kanzler in der deutschen Reichsgeschichte zu sein. Ich verlaufe den Weg, den ich mir aneignen, für einen Titel, Jahr, zwei Jahre, wenn es sein muß, drei Jahre, und wenn die Herren sagen, wir werden es nicht ausstehen, so sage ich, mein großer Gegenüber, der ich bin 43 Jahre alt und ich fühle mich ganz gesund. Die Herren sagen, wir werden es nicht ausstehen, daß wir gar nichts zugeht, weil ich Arbeit bekommen hat. Ich kann Ihnen weiter sagen, daß meine Tätigkeit und Beschäftigung durch nichts erschüttert wird, und das ist einmal 88 Jahre bin, ich bin 88 Jahre alt und ich fühle mich ganz gesund. Ich werde es nicht mehr. Wir kommen einmal an die Reihe. Ich werde es nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Die NSDAP nimmt den Forderungsbau auf, den ihr Herr von Papen hingeworfen hat. Wenn andere sagen,

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Georg Michaelis.



Der 1917 hundert Tage als Nachfolger Bethmann Hollwegs an der Spitze der Reichsregierung stand und später 1919 als Oberpräsident von Pommern Verwendung fand, begehrt heute seinen 75. Geburtstag. Er war ein tüchtiger preussischer Beamter, im Kriege ein tatkräftiger kaiserlicher Ernährungsminister, aber kein Staatsmann. Der Friedensresolution vom Juli 1917 nahm er durch seine bekannten Worte „Wie ich sie auffasse“ ihre politische Schärfe. Die Friedensaktion des Papstes verlor durch sein Verhalten erheblich. Schon Ende Oktober 1917 ließ er Graf Hertling ab. Verdienste hat sich Michaelis durch seine Mitwirkung am Aufbau und an der Entwicklung des Deutschen Studentenwerkes und der Darlehnskasse der Deutschen Studentenschaft erworben.

Die Verfassung sei überlebt, dann sage ich, die Verfassung hat jetzt erst ihren Sinn, denn jetzt kommt sie und der Nationalsozialismus durch diese Verfassung zur Macht.

Unter kläglichem Beifall der Versammlung schloß Hitler: „Wir wollen den Kampf durchsetzen und wollen sehen, auf wen Deutschland fällt, ob auf den Befehl des Herrn von Papen: Das Ganze steht! oder auf unser Kommando: Junges Deutschland vorwärts!“

Wieder die Rühm-Briefe.

Der Einspruch gegen ihre Veröffentlichung zurückgezogen.

Berlin, 7. Sept.

Der seit einiger Zeit schwelende Streit um die von Dr. Hellmuth Klotz vorgenommene Veröffentlichung der bekannten Rühm-Briefe hat jetzt ein überraschendes Ende gefunden. Rühm hat gegen Klotz eine einstweilige Verfügung in der Angelegenheit beantragt und wurde vom Landgericht abgewiesen. Die mündliche Verhandlung vor dem Oberlandesgericht, die im Juli stattfand, gelangte zu einem Beschlusse, der gegen die Rühm-Einstweilige Verfügung erhob. Darüber sollte heute vor dem zweiten Senat der Kammer verhandelt werden. Vor Eintritt in die Verhandlung gab nun der Reichsbevollmächtigte Dr. Klotz bekannt, daß ihm eine halbe Stunde vor dem Verhandlungstermin eine Erklärung Rühms zugeflossen wurde, die ihn zur Aufgabe der Rühm-Einstweilige Verfügung zurückschickte. Eine gleichlautende Erklärung Rühms erhielt auch das Landgericht. Damit ist der Streit Rühms auf ein Verbot der Weiterverbreitung der Briefe Dr. Klotz, die seine bekannten Briefe weiterverbreiten, zurückgewiesen und Hauptmann a. D. Rühm hat die ganzen Kosten des Verfahrens zu tragen.

Ende des belgischen Kohlenarbeiter-Ausschlusses.

Brüssel, 7. September.

Der aus den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildete Ausschuss zur Regelung des belgischen Kohlenarbeiterauschlusses nahm am Mittwoch den Regierungsvorschlag an, den der Streik nunmehr beendet. Die Kohle sollen vom 1. Oktober an — vorläufig bis zum 1. November — um 10 v. H. erhöht werden. Falls die belgischen belgischen Verhandlungen über die Kohlenkontingente der Kohlenimporte für Belgien das gewünschte Ergebnis zeitigen, ist eine weitere Erhöhung der Kohle vorgezogen. Im übrigen soll das allgemeine Lohnabkommen einer Nachprüfung unterworfen werden.

„Graf Zeppelin“ von der fünften Südamerika-Fahrt zurück.

(Friedrichshafen, 7. September.)

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf heute (Mittwoch) um 1.30 Uhr von seiner fünften Südamerika-Fahrt über Friedrichshafen ein. Da die Südamerika-Fahrt noch nicht auf dem Gelände anwesend war, führte das Luftschiff eine längere Weiterfahrt über dem Bodensee aus und landete dann um 5.30 Uhr glatt.

Die Angelegenheit des früheren Kriegsgefangenen Daubmann.

Berlin, 7. September.

Im Auswärtigen Amt ist jetzt die französische Antwortnote in der Angelegenheit des früheren Kriegsgefangenen Daubmann eingegangen. Die Note stellt fest, daß sich in den französischen Archiven ein solcher Name nicht findet. Es wird auch noch mehr darauf hingewiesen, daß die französische Regierung schon früher die Auskunft gegeben habe, in den französischen Gefängnissen befänden sich keine Deutschen mehr. Diese Mitteilung sei das Ergebnis sehr eingehender und sorgfältiger Nachforschungen gewesen. Übrigens ist bei der Reichsregierung gleichzeitig ein Protokoll eingetroffen, das die belgischen Behörden bei einer genauen Vernehmung Daubmanns aufgenommen haben. Dabei ist Daubmann auch auf gewisse Widersprüche seiner Darstellung aufmerksam gemacht worden; es verläutet, daß das Protokoll, so abenteuerhaft die Darstellung Daubmanns auch sein mag, keineswegs einen unglaubwürdigen Eindruck mache. Der hauptsächlichste unaufrichtige Punkt ist ja, daß Daubmann das italienische Schiff nicht angibt, mit dem er zurückgekehrt ist, weil er angeblich dem Kapitän versprochen habe, ihm nicht zu verraten, damit er keine Angelegenheiten aus der kaiserlichen Überfahrt hat. Daubmann hat neuerdings auch eine Postkarte vorgelegt, die von seinem Schiffsfreund Hammen soll, auf der aber, ebenfalls mit dem Hinweis auf die versprochene Discretion, der Name und alle Angaben unleserlich gemacht worden sind, die die Herkunft verraten könnten. Das Protokoll der belgischen Behörden ist nach Paris weitergeleitet worden. Die deutsche Note wird es mit anderem Material der französischen Regierung vorlegen. Es wird übrigens morgen auch im Wortlaut der Öffentlichkeit übergeben werden.

FU

8. Bosph. eigentümlich, machte ein Wagen fuhr zu, die an der ist, und klipp ich davon. Wie der Unfa

a. Bosph. tember 1932, von 15—19 U. Unterfuchungsratung und Wachstumsverdrähtungsgeart Djalrat Dr. wend. Die Kinder werde lufungstermin

Am 17. S

p. Bosph. Wasserläufe m. Die Unterfuchungspunkt alle den Wasserpfängen, Solz, Steine i Sand und Sch müssen so abge wegguldfaffen am Ufer liegen gleichmäßig min auszuwerfen un entfernen. Es macht, daß es traut treiben zu strakt. Die W 17. September

= Bosph. 10.15 Uhr im S rettungsallung w. willigen S. Kreuz Bosph. schwimmern des und der vereint anstaltet wird. Lebensrettungsge und die Rettung ständen und die wird von den 3

Wichtig

Die Transportf

Wir veröffn Volksblätter eine beständige Fwerbe (Sammler) und vom Bosph. worden sein. Die Landjäger annah Pferde, wie uns Pferde, einem G auf Anfrage vor wird, sind beid Schlagnahme w te bel nährer Prli das es sich um eine Pferd trug Proving Weßfal während das and karte verlesen w

Merbings fu gelben verfe portsch ein barten H heie eingeführt ist. Diese Bestimmung bekannt zu sein, hat, daß sie kein gachens nicht gen bekannt gegeben r wünschenswerd, d dieser Angelegenhe um sie vor Unan dem biederer Gut reichend aufrück. die Landjägerelbe über das weßfali damit es nicht un Allerdings mag in der Beamten insf fragile Brandheie kommissariates M auf jeden Fall dringend empfohle von Pferden im be seine bei sich zu

Schmuggler vor

× Bosph. 8. Bosph. hatte id botenen Grenzüber des Bandenführers rechterbarte, es v Teilnahme an S Grenzübertritzu katwelle 36 Tage Waren werden ein Strafe an. — In Grenze bekanntlich kann man Schmuggel hatten auch zwei E Sie gingen über die und wurden abgefah Schmuggel; ein dri Gerickt verhängt g nat Gefängnis und (erlaßweise 19 Tage Fahrtrab verfallen

Dereine u

Postjehundepr Kur noch wenige Polizei und Schuß

sekretär
n. d. s.

r Bethmann Holl-
stand und später
mern Verwendung
tag. Er war ein
ge ein tatkräftiger
kein Staatsmann.
nahm er durch
auffasse" ihre poli-
des Papstes ver-
Schon Ende d.
Verdienste hat sich
Aufbau und an-
senwerkes und der
schaft erworben.

ann sage ich, die
en Sinn, denn
ismus durch diese

rsammlung schloß
echten und wollen
uf den Befehl des
! oder auf unse
rts!"

Briefe.

Öffentlichung

Berlin, 7. Septbr.

eröffnet um die vor
eröffnung der
erratischen
Kloster eine ein

gelegenhcit bean
gewiesen. Die
landesgericht, die
Versäumnis

erhob. Darüber
Kammer verhan-
andlung gab nun
nt. daß ihm eine

min eine Er-
be des Inhalts,
ziehe. Eine
auch das Ge-

...ziehe. Eine
...auch das Ge-
...auf ein Verbot
...Kloß', die seine

gewiesen und
den Kosten des

enarbeiter=

7. September.
 itnehmern abhil-

Regierungs-
mehr beendet.

8 Tiererweiterung vom 7. September 1932. Es
zeiten: Sonderklasse 9.20—9.50 *M.*, Klasse a) 8.50 bis
M., Klasse b) 8.40—8.70 *M.*, Klasse c) 7.50—8.20 *M.*
alle ab) 7.50 *M.* Tendenz fest. Nächste Versteigerung
am 14. September, 15 Uhr. Preise gelten ab Calcar,
einschließlich Spesen des Großhandels, bei Rücksendung
der Kisten franco Calcar.

LEISTUNGSTAGE

im September